

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordneter Christopher Emden (AfD)

Ist die freie Debattenkultur an niedersächsischen Hochschulen in Gefahr?

Anfrage des Abgeordneten Christopher Emden (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 07.05.2019

Am 9. April 2019 verabschiedete der Deutsche Hochschulverband auf seiner Tagung in Berlin eine Resolution „Zur Verteidigung der freien Debattenkultur an Universitäten“ und veröffentlichte diese gemeinsam mit einer Pressemitteilung.

Darin stellt der Hochschullehrerverband eine sinkende Toleranz gegenüber anderen Meinungen fest, die Auswirkungen auf die Debattenkultur an den Universitäten habe. Der Verband verweist auf Fälle, wo „sich einige Studierende schon verletzt [fühlen], wenn an einer Universität eine Professorin bzw. ein Professor oder eine öffentliche Person mit Thesen auftritt, die der eigenen (politischen) Auffassung zuwiderlaufen.“

Nach Ansicht des Verbandes würden „sich in letzter Zeit Ausladungen von Personen häufen, die vermeintlich unerträgliche Meinungen vertreten.“ Dies sei einer Universität nicht würdig, sofern es sich um den Versuch der Unterbindung von Äußerungen wissenschaftlicher Auffassungen handle.

Der Verband geht in seiner Resolution auch auf den Umgang mit „nicht wissenschaftlichen Meinungen von partei- oder allgemeinpolitischen Meinungsführerinnen und Meinungsführern“ ein.

Hierzu appelliert der DHV an die Beteiligten:

„Die Universität muss Teil und Forum der gesellschaftlichen Debatte sein. Ein Rückzug in den ‚Elfenbeinturm‘ schadet ihr selbst. Oder die Universität lässt alle vom Bundesverfassungsgericht (bislang) nicht als verfassungswidrig eingestuft Parteien zu Wort kommen. Das bedeutet in einem freiheitlichen Rechtsstaat, dass die Äußerung einer nicht verfassungswidrigen, aber politisch unerwünschten Meinung nicht nur geschützt, sondern notfalls auch erst ermöglicht werden muss. Ausflüchte schaden der Universität mehr als dass sie ihr nutzen.“

Nach Ansicht des DHV seien das Anstoßen und Strukturieren von Debatten eine wichtige Aufgabe von Universitäten. Sie können ihrer Aufgabe aber nur dann gerecht werden, wenn sie nicht denjenigen nachgeben, die sie maßregeln wollen, am lautesten schreien, mit Gewalt drohen oder sie sogar anwenden.

An Universitäten müssten daher jeder Student und Wissenschaftler seine Forschungsergebnisse, Thesen und Ansichten ohne Angst zur Diskussion stellen können. Widersprechende Meinungen müssen respektiert und ausgehalten werden, stellte DHV-Präsidenten Professor Dr. Bernhard Kempen fest.

Die Resolution endet mit dem Appell:

„Für die Freiheit von Forschung und Lehre muss täglich neu eingetreten und gekämpft werden. Jede einzelne Wissenschaftlerin und jeder einzelne Wissenschaftler steht insofern in einer besonderen Pflicht. Staat und Universitäten sind dazu aufgefordert, sie dabei zu unterstützen.“

1. Wie werden die freie Debattenkultur und Forschungsfreiheit an niedersächsischen Hochschulen gewährleistet?
2. Welche Gefahren sieht die Landesregierung für die Gewährleistung einer freien Debattenkultur und Forschungsfreiheit an niedersächsischen Hochschulen?
3. Wie viele Beschwerden, Ausladungen, Proteste oder Angriffe gegen Veranstaltungen und Personen hat es an niedersächsischen Hochschulen in den letzten fünf Jahren gegeben?

(Verteilt am 09.05.2019)